

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 05. Dezember 2002 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm  
Stadtrat Dr. Küntzer  
Stadtrat Rank  
Stadtrat Schardt (ab Ziffer 1)  
Stadträtin Schwab (ab Ziffer 7)  
Stadträtin Stocker  
Stadtrat Straßberger (ab Ziffer 1)  
Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Baier  
Stadträtin Dr. Endres-Paul  
2. Bürgermeisterin Gold  
Stadtrat Heisel  
Stadträtin Heisel  
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene  
Stadtrat Jeschke  
Stadtrat Mahlmeister

USW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy  
Stadtrat Ley (ab Ziffer 7)  
Stadtrat May  
Stadtrat Müller  
Stadträtin Richter  
Stadtrat Schmidt

FBW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Haag  
Stadträtin Wachter (bis Ziffer 8)

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad  
Stadtrat Popp

ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer  
Groß

Berichterstatter: Amtmann Hartner

Dipl.-Ing. Lepelmann  
Stadtyugendpflegerin Elzenbeck (Ziffer 1)  
Frau Heller (Ziffer 1)  
Amtsrat Schwarz (Ziffer 2 – 7)  
Dipl.-Ing. Richter (Ziffer 8)

Protokollführerin: Verwaltungsfachwirtin Rose

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Dr. Kröckel

Stadtrat Lorenz  
 Stadträtin Wallrapp

Feststellung gemäß § 22 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Stadtrat Müller den Antrag, den Tagesordnungspunkt 5c gleich nach dem TOP 2 der öffentlichen Sitzung zu behandeln. Oberbürgermeister Moser nimmt dies auf, bittet aber noch darum vorher noch TOP 8 zu behandeln.

Hiermit besteht seitens des Gremiums Einverständnis.

1. Konzept der Arbeit der Stadtjugendpflege für 2003  
Festlegung der verschiedenen Budgets für die Arbeit der Stadtjugendpflege

A) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Die CSU-Fraktion stimmt der Bildung der im Sachvortrag geschilderten Budgets zu und betont, dass durch die geleistete Arbeit mehr Jugendliche erreicht werden als bisher.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Die SPD-Fraktion gibt ihre Zustimmung zur Budgetbildung

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Auch die UsW-Stadtratsfraktion stimmt zu und bedankt sich nochmals für den Mut des Stadtjugendpflegers Popp, diesen Schritt zu gehen.

d) FBW-Stadtratsgruppe:

Die FBW-Stadtratsgruppe stimmt zu.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK gibt ihre Zustimmung.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt stimmt zu.

B) – **Mit 26 : 0 Stimmen** –

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Im Haushaltsplan 2003 werden folgende Budgets gebildet:

Unterabschnitt 4050	Jugendpflegerin	<b>24.100 €</b>
(zuzügl. Personalkosten)		49.100 € )

Unterabschnitt 4606	Zentrale Anlaufstelle im ehem. Jugendhaus (bis jetzt UA 4607)	<b>20.610 €</b>
Unterabschnitt 4609	Dezentrale Treffs (NEU)	<b>78.500 €</b>
	Vermögenshaushalt (Schaffung Treffs)	<b>24.500 €</b>

## 2. Vollzug des Bayerischen Feuerwehrgesetzes (BayFWG)

A) Stadtrat Schmidt, Feuerwehrreferent, gibt seine Zustimmung zur Änderung der Feuerwehrsatzung.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Die CSU-Fraktion stimmt zu.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Die SPD-Fraktion stimmt zu.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Die UsW stimmt zu.

d) FBW-Stadtratsgruppe:

Die FBW-Stadtratsgruppe gibt ihre Zustimmung.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK-Stadtratsgruppe stimmt zu.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt stimmt der Änderung zu.

**C) – Mit 26 : 0 Stimmen –**

Die Stadt Kitzingen erlässt aufgrund des Art. 28 BayFwG folgende, der Niederschrift als wesentliche Bestandteil beiliegende „Satzung über die Aufwendungs- und Kostenersatz für Einsätze und andere Leistungen städtischer Feuerwehren“.

## 3. Haushaltskonsolidierung:

### Schließung des Übernachtungsheims

A) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Die CSU stimmt der Schließung des Übernachtungsheims zum 31.12.2002 zu.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Auch die SPD befürwortet die Schließung zum 31.12.2002 und betonen, dass der Landkreis das Übernachtungsheim weiterführen kann.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Die UsW-Fraktion stimmt ebenfalls zu.

d) FBW-Stadtratsgruppe:

Die FBW stimmt der Schließung zu.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Auch die KIK gibt ihre Zustimmung zur Schließung zum 31.12.2002.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt stimmt der Schließung des Übernachtungsheims zum 31.12.2002 nicht zu. Sie hätte sich gewünscht, dass erst nach dem Winter das Übernachtungsheim geschlossen wird.

**B) – Mit 25 : 1 Stimme –**

Die Große Kreisstadt Kitzingen erlässt aufgrund der Art. 23, 24 Abs. 1 Ziffer 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) folgende

**Satzung**  
zur Aufhebung der **Satzung für das Städt. Übernachtungsheim.**

**§ 1**  
**Aufhebung einer Satzung**

Die Satzung für das Städt. Übernachtungsheim vom 15.12.1980 wird aufgehoben.

**§ 2**  
**Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01.01.2003 in Kraft.

4. Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG):

Mögliche Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung

A) Stadtrat Müller, Gewerbe- und Industriereferent, spricht sich gegen eine Anhebung der Sondernutzungsgebühren aus.

**B) – Mit 26 : 0 Stimmen –**

Von einer Erhöhung der Sondernutzungsgebühren wird abgesehen.

5. 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungsbereich der Großen Kreisstadt Kitzingen

A) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Die CSU-Fraktion gibt ihre Zustimmung zu der geplanten Änderung.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Die SPD stimmt auch zu.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Die UsW-Fraktion stimmt der Änderung zu.

d) FBW-Stadtratsgruppe:

Die FBW gibt ihre Zustimmung.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK erteilt ihre Zustimmung.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt stimmt der Änderung auch zu.

**B) – Mit 26 : 0 Stimmen –**

Die Große Kreisstadt Kitzingen erlässt aufgrund von Art. 20 des Kostengesetzes und Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern folgende

**Satzung**

**§ 1  
Änderung**

Das Kommunale Kostenverzeichnis – KommKVz – (Anlage zu § 2 der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungsbereich der Großen Kreisstadt Kitzingen vom 12. August 1997 i.d.F. der Änderungssatzung vom 21. Dezember 2001) wird wie folgt geändert:

Die Tarif-Nr. 031 in der Tarifgruppe 03 (Finanzverwaltung) erhält folgende Neufassung:

„031 Anmahnung rückständiger Beträge  
Die Mahngebühr beträgt 1 % des rückständigen Betrages, mindestens aber 5,00 €, höchstens jedoch 150,00 €.“

**§ 2  
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

6. Einführung einer Kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung in der Stadt Kitzingen;

## Beitritt zum Zweckverband und Umfang der Überwachung

### A) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

- a) CSU-Stadtratsfraktion:  
Stadtrat Weiglein teilt mit, dass innerhalb der Fraktion geteilte Meinung zu diesem Thema herrscht.
- b) SPD-Stadtratsfraktion:  
 Die SPD stimmt der Einführung einer Kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung nicht zu.
- c) UsW-Stadtratsfraktion:  
 Die UsW sieht die Geschwindigkeitsüberwachung nicht als Aufgabe der Stadt Kitzingen an und stimmen nicht zu.
- d) FBW-Stadtratsgruppe:  
 Die FBW stimmt der Einführung einer Geschwindigkeitsüberwachung zu.
- e) KIK-Stadtratsgruppe:  
 Auch die KIK spricht sich dafür aus, allerdings zunächst auf Probe.
- f) ÖDP-Stadtratsgruppe:  
Stadträtin Schmidt stimmt auch zu.

### B) – **Mit 11 : 15 Stimmen** –

- a) Es besteht damit Einverständnis , dass sich die Stadt Kitzingen dem Zweckverband „Kommunale Verkehrssicherheit in Bayern“ anschließt.
- b) Die Anzahl der Messstunden pro Monat wird auf 25 Stunden festgesetzt.

## 7. Silvester 2002/2003;

### Aufstellung eines Circus-Zeltes in der Silvesternacht auf dem Bleichwasen

- A) Stadtrat Schmidt, Feuerwehrreferent, plädiert dafür, die Bedenken der Feuerwehr Kitzingen ernst zu nehmen. Er wird gegen den Beschluss des Verwaltungssenats stimmen.

### B) – **Mit 14 : 14 Stimmen** –

Der Beschluss des Verwaltungssenats vom 26.11.2002 wird aufrechterhalten.

Der Antrag, in der Silvesternacht 2002/2003 auf dem Bleichwasen ein Original-Circus-Zelt aufzustellen wird daher nicht genehmigt.

## 8. Nordtangente BA II

### Südliche Anbindung der Heinrich-Fehrer-Straße an die Nordtangente

A) Stadtrat Schardt, Stadtentwicklungsreferent, plädiert dafür, gegen den vorliegenden Beschluss zu stimmen.

#### B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

##### a) CSU-Stadtratsfraktion:

Die CSU äußert Bedenken hinsichtlich einer vorgezogenen Umstufung der Alten Mainbrücke. Sie bemängelt, dass die Tagesordnungspunkte 5a und 5b nicht in einer Beschlussvorlage zusammengefasst worden sind. Sie ist der Auffassung, dass diese beiden Punkte nur zusammenhängend beschlossen werden können.

##### b) SPD-Stadtratsfraktion:

Die SPD schließt sich der Meinung der CSU-Fraktion an.

##### c) UsW-Stadtratsfraktion:

Die UsW-Fraktion stimmt dagegen.

##### d) FBW-Stadtratsgruppe:

Auch die FBW gibt keine Zustimmung.

##### e) KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK fordert eine neue Beschlussvorlage, in der die Punkte 5a und 5b zusammengefasst sind.

##### f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt sieht keine Notwendigkeit und stimmt dagegen.

C) Stadtrat Weiglein regt an, mit dem Landkreis eine Vereinbarung zu treffen und diese dann dem Stadtrat vorzulegen.

Oberbürgermeister Moser schlägt vor, diesen Punkt zurückzustellen und eine neue Sitzungsvorlage zu erstellen.

Hiermit besteht Einverständnis.

## 9. Nordtangente BA II

### Vereinbarung mit der Fa. Fehrer

A) Oberbürgermeister Moser stellt eingangs fest, dass er mit dem Abschluss diese Vereinbarung gegen die Geschäftsordnung verstoßen hat. Er sei überzeugt gewesen, dass keine andere Lösung möglich ist und er fristgerecht etwas unternehmen wollte. Ein Beschluss durch den Stadtrat hätte zu einer vierwöchigen Verzögerung geführt. Er verweist auf die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes, in der deutlich wird, dass der Stadt durch diesen Verstoß kein Schaden entstehen wird. Er geht auch auf das neueste Schreiben der Regierung von Unterfranken ein, die die Kosten als voll förderfähig ansieht. Abschließend erinnert er an den Antrag der UsW-Fraktion, alle Ermittlungen, Gesprächsnotizen bzw. –protokolle mit der Regierung von Unterfranken und der Fa. Fehrer vorzulegen.

#### B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein betont im Namen der CSU-Fraktion, dass sich die Einwendungen nicht gegen die Fa. Fehrer richten, sondern den Oberbürgermeister betreffen. Er stellt fest, dass nicht nur ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung, sondern auch ein Verstoß gegen die Gemeindeordnung vorliegt. Er erklärt weiter, dass die Vereinbarung unwirksam ist, da sie Grunderwerbsregelungen beinhaltet, die einer notariellen Beurkundung bedürfen. Die CSU wird nicht zustimmen.

Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel erwidert, dass ein eventueller Verstoß gegen Formvorschriften durch nachträglichen Eintrag ins Grundbuch geheilt werden kann. Er führt weiter aus, dass der Formmangel lediglich von Oberbürgermeister und der Fa. Fehrer als Vertragspartner geltend machen könne, da nur diese Vertragspartner seien.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Die SPD bedauert den Vorfall, erwarten aber auch von einem Rechtsrat und Berufsmäßigen Stadträten, dass sie den Oberbürgermeister in solchen Dingen beratend zur Seite stehen. Die SPD wird zustimmen.

Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel erklärt, dass er den Vertrag als sachgerecht empfunden und deshalb auch mitgezeichnet habe. Er betont, dass er allerdings an der Erstellung der Vereinbarung nicht beteiligt gewesen ist. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt fest, dass ihm die Vereinbarung vom zuständigen Fachamt nicht vorgelegt worden ist.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Die UsW fordert beamtenrechtliche Konsequenzen für den Oberbürgermeister und bittet Berufsmäßigen Stadtrat Stoppel dahingehend um Überprüfung.

d) FBW-Stadtratsgruppe:

Die FBW ist der Auffassung, dass nicht nur der Oberbürgermeister allein an diesem Fehler schuld ist.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK wird zustimmen, bemängeln aber den gemachten Fehler.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt fällt es schwer ein Urteil zu fällen.

## C) Es entsteht eine heftige Diskussion, an der sich nahezu alle Stadtratsmitglieder beteiligen.

Stadtrat Weiglein stellt den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen, eine neue, rechtswirksame Vereinbarung zu entwerfen und dem Stadtrat so bald wie möglich vorzulegen.

Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel vergewissert sich, dass der Stadtrat dieser Vereinbarung zustimmen wird, wenn alle Grunderwerbsangelegenheiten gestrichen und gesondert geregelt werden. Dies wird von Stadtrat Weiglein bejaht.

**Der Oberbürgermeister unterbricht die Sitzung von 20.10 bis 20.20 Uhr.**

## 10. Sanierung der Evangelischen Kirche Sickershausen Maßnahmebeschluss / Zuschussfrage

A) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Die CSU stellt fest, dass die Kirchenverwaltung Sickershausen davon ausgegangen ist, dass ein Zuschuss der Stadt in Höhe von 200.000 DM zur Verfügung steht. Die CSU stimmt für die höhere Zuschusssumme.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Die SPD befürwortet ebenfalls die höhere Bezuschussung.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Auch die UsW spricht sich für die höhere Zuschusssumme aus.

d) FBW-Stadtratsgruppe:

Die FBW stimmt für die höhere Bezuschussung.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK werden analog der Finanzausschusssitzung abstimmen.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt stimmt der Zuschusshöhe von 200.000 DM zu.

B) 2. Bgmin. Gold gibt zu Protokoll, dass sie gegen jede weitere Bezuschussung stimmen wird, da der Kirchturm in Sickershausen ebenfalls bezuschusst worden ist, auf dem sich eine Mobilfunkantenne befindet.

C) – **Mit 24 : 3 Stimmen** –

Die Bezuschussung der Maßnahme: Sanierung der Ev. Kirche Sickershausen orientiert sich an der Bausumme von 1.045.379,85 DM (= 534.494,23 €). Bei einer Zuschussquote von 20 % ist der max. Zuschuss i.H.v. 200.000 DM (= 102.258 €) zu gewähren. Die Verwaltung wird beauftragt, den Restzuschuss in Höhe von 35.789 DM (= 18.299 €) auszuzahlen.

11. Sportlerehrung 2002- **Mit 27 : 0 Stimmen** -

Mit den Vorschlägen des Stadtverbandes für Leibesübungen für die Sportlerehrung 2002 besteht Einverständnis.

12. Feststellung der Bilanz für die Stadtbetriebe (Hafenbetrieb und Garagen) für das Wirtschaftsjahr 2001 (01.01. – 31.12.2001)

A) Stadtrat Müller bittet um Überprüfung der Notruf Funktion in der Parkgarage am Main.

B) - **Mit 27 : 0 Stimmen-**

Der Jahresabschluss der Stadtbetriebe für das Wirtschaftsjahr 2001(01.01. - 31.12.2001), bestehend aus der Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang, wird mit folgenden Abschlusszahlen festgestellt:

Abschlusssumme der Bilanz:	11.463.827,54 DM
Erfolgsrechnung: Aufwendungen	1.245.838,71 DM
Erträge	1.142.802,52 DM
Verlust	103.036,19 DM

Der Jahresverlust von 103.036,19 DM ist als Verlustvortrag in nächste Wirtschaftsjahr zu übertragen.

13. Bestellung eines Vorsitzenden für den Rechnungsprüfungsausschuss

A) - **Mit 27 : 0 Stimmen –**

Folgendes ordentliches Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses wird zum Vorsitzenden bestellt:

Stadträtin Jutta Wallrapp

B) – **Mit 27 : 0 Stimmen –**

Folgendes ordentliches Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses wird zum stellvertretenden Vorsitzenden bestellt:

Stadtrat Hugo Weiglein

C) Stadtrat Weiglein erklärt, dass er ermächtigt ist, im Namen von Stadträtin Wallrapp die Wahl zur Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses anzunehmen.

14. Information von Oberbürgermeister Moser;  
Postfiliale in der Siedlung

Oberbürgermeister Moser informiert darüber, dass die Postfiliale in der Siedlung nicht geschlossen wird und auch die Postagentur in Hohenfeld bestehen bleibt.

15. Antrag von Stadtrat Schardt:  
Flächennutzungsplan, 1. Hauptänderung mit Teiländerungen

Stadtrat Schardt beantragt, dass zu der Sitzung, in der über den Flächennutzungsplan, 1. Hauptänderung mit Teiländerungen, beraten wird, Vertreter des Büros Meier eingeladen werden.

16. Bitte von Stadträtin Stocker:  
Stadtratssitzung am 10.12.2002 streichen

Stadträtin Stocker bezieht sich auf die geplante Stadtratssitzung am 10.12.2002 und bemängelt die kurzfristige Einladung hierzu. Sie teilt mit, dass sie an dieser Sitzung nicht teilnehmen kann.

Stadtrat Müller stellt daraufhin den Antrag, diesen Termin zu verschieben und zum nächsten Termin rechtzeitig einzuladen und auch die Unterlagen mitzuversenden.

Hiermit besteht Einverständnis.

Der Oberbürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 20.45 Uhr.

Oberbürgermeister  
gez.  
Moser

Protokollführerin  
gez.  
Rose